C. HAFNER PLANT IN WIMSHEIM

## Zum Wohle der Gesellschaft

Selbst engagierte Unbeteiligte müssen sich fragen, ob es einen berechtigten Kern der Abweisung gibt, wenn es um die Standortwahl einer Scheideanstalt in Pforzheim oder in Wimsheim geht. Heute ist das Pforzheimer Traditionsunternehmen C. Hafner betroffen, morgen sind es vermutlich auch andere Industriezweige. Dabei verfolgen die betreffenden Unternehmen in aller Regel immer die besten Absichten für ihre existenzielle Zukunft und die ihrer Mitarbeiter. Sie handeln damit zugleich zum Wohle unserer Gesellschaft.

Sind die dabei nun in Wimsheim aufgekommenen Erregtheiten eine angemessene Antwort auf eine solche mutige unternehmerische Bereitschaft? Die Bürgerinitiative von Wimsheim vermittelte dem PZ-Leser am 20. Juli ihren plakativen Werbeslogan: Demokratie = Bürgerentscheid. Dieses Gleichnis stellt inhaltlich natürlich Ansprüche. Es setzt problemgerechte Sachbezogenheit voraus. Hat die BI ein persönliches Bemühen gezeigt, sich projektbezogen ernsthaft zu informieren oder nachzufragen, wie die Projektbedingungen fachkundig zu beurteilen sind? Zweifel sind dazu angebracht. Soweit hier Lücken bestehen, disqualifiziert das einen demokratischen Anspruch. Kundgebungen bleiben insoweit diffus, sind in ihren Aussagen schwerlich nachvollziehbar und erzeugen kein rechtes Vertrauen. Die „FAZ“ brachte einen bemerkenswerten Artikel über die „Modernität der Industrie“. Darin heißt es: „Die Industrie hat ihre beste Zeit noch vor sich … Ein Diskurs über ihre Modernität wäre angebracht. Dafür sprechen ihre hohe Relevanz für die Wertschöpfung, ihre Anwesenheit im Alltag und ihre Funktion als Problemlöser … Sie bleibt das Rückgrat der Volkswirtschaft … Dafür muss ein angemessenes Verständnis in der Bevölkerung vorhanden sein.“

*Dr. Sigvard Clasen, Pforzheim*

C. HAFNER PLANT IN WIMSHEIM

## Eine Mediation wäre die Lösung

Es dürfte ein Novum in der Geschichte Wimsheims gewesen sein, dass eine Bürgerin am Rande einer Gemeinderatssitzung auf eine andere friedliche Mitbürgerin losgegangen ist. Der Vorgang ist der traurige Höhepunkt in der Diskussion um die Ansiedlung der Firma C. Hafner. Alle Wimsheimer müssen sich jetzt fragen: Wollen wir so miteinander umgehen? Wollen wir, dass Freundschaften, Vereinsmitgliedschaften und gute Nachbarschaftsverhältnisse gekündigt und dauerhaft beschädigt werden, oder gar Menschen einander attackieren? Ich sage nein, der Preis ist mir zu hoch.

Lässt man die jüngsten Äußerungen und Publikationen aller Beteiligten noch einmal Revue passieren, zeigt sich, dass die Kommunikation ständig an Schärfe gewonnen und an Inhalt verloren hat. Das Vertrauen in die Gemeindeorgane und speziell in den Bürgermeister ist auf dem Nullpunkt angelangt. Aber wie soll es weitergehen?

In einer Auseinandersetzung gibt es nichts Schlimmeres, als die Kommunikation abreißen zu lassen. Wenn nicht mehr miteinander gesprochen wird, wird nur noch übereinander gesprochen, spekuliert und intrigiert. Wollen wir in diesem Zustand verharren, bis Gerichte entschieden haben? Glaubt irgendwer, dass sich dieser schreckliche Zustand nach einer Gerichtsentscheidung auf wundersame Weise verflüchtigt? Wir Wimsheimer finden eine intelligentere Lösung: Mediation ist ein vertrauliches Verfahren, das sich im Rahmen der Streitbeilegung sehr gut bewährt hat. Ein Mediator unterstützt dabei allparteilich die Mitwirkenden (Medianten) in der Erarbeitung eigener Lösungen und er hilft, die Kommunikation der Parteien wieder in Gang zu bringen. Hierin liegt der Unterschied zu einer bloßen Moderation, die in Form des runden Tisches in Wimsheim nicht funktioniert hat. Dritte wie zum Beispiel die Interessengemeinschaft für Wimsheim könnten mit Zustimmung der Medianten in die Mediation einbezogen werden. Führt die Mediation zu keinem Erfolg, kann sie jederzeit beendet werden.

Niemandem im Ort kann es gefallen, wenn die Presse mit einem Bildbeitrag über eine Rangelei in Wimsheim berichtet, obgleich die Demonstration vor der Gemeindehalle viele andere friedliche Bildmotive geboten hätte.

Warum nicht den Versuch einer Mediation wagen, um – ohne Vorgriff auf die laufenden Gerichtsverfahren – selbst eine Lösung zu finden, die im Idealfall die Gerichtsverfahren sogar unnötig macht? Und wenn das Ergebnis im ersten Schritt „nur“ darin besteht, dass sich auf beiden Seiten Personen finden, die den Gesprächsfaden wiederaufnehmen und das gänzlich verlorene Vertrauen wieder aufbauen, wäre im Moment für Wimsheim sehr viel gewonnen.

*Christian Vogler, Wimsheim*

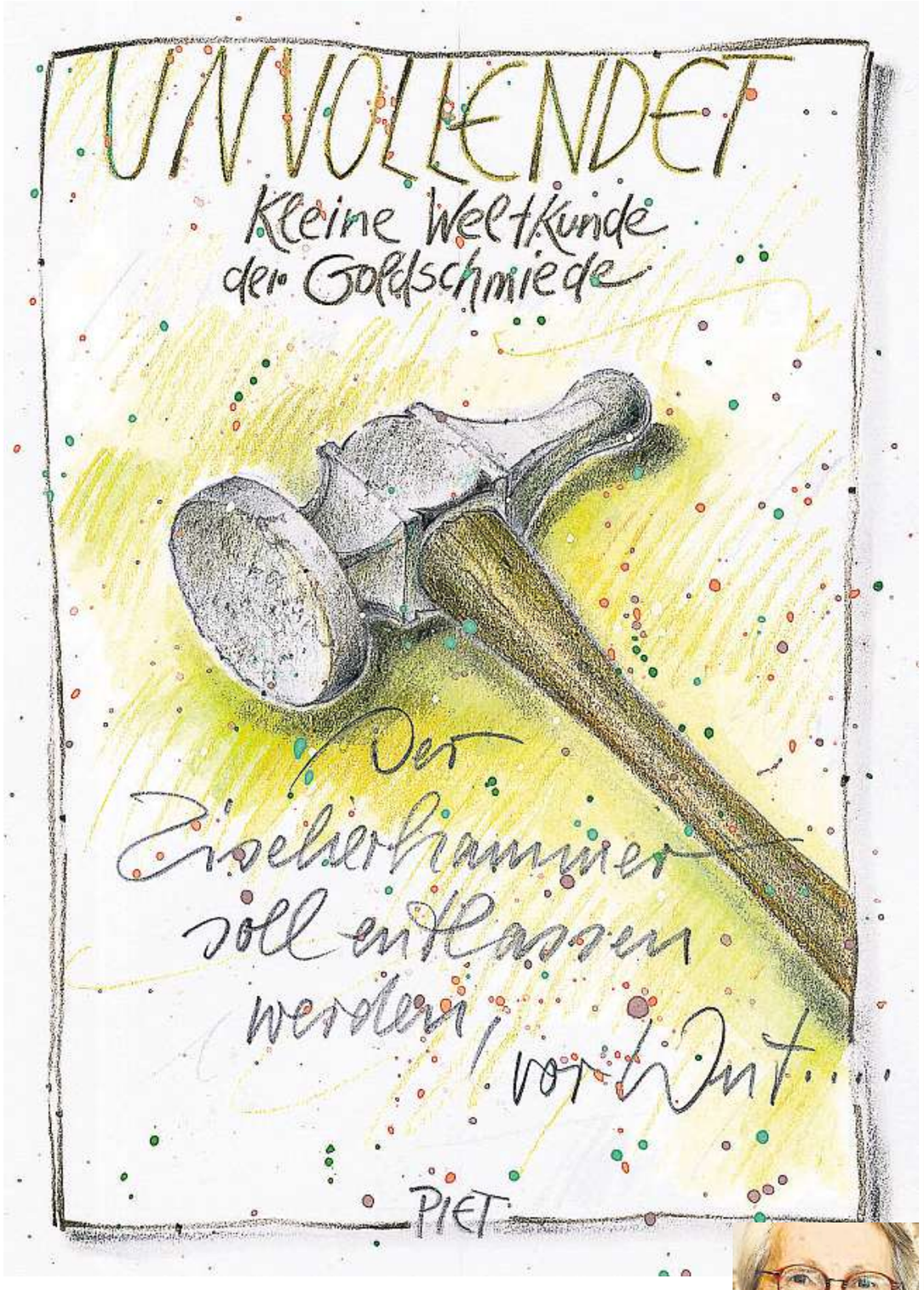
C. HAFNER PLANT IN WIMSHEIM

## Die Mehrheit muss bestimmen

Die Fa. C.Hafner fühlt sich immer noch in Wimsheim willkommen. Also ich weiß nicht, wie die Geschäftsführer von C.Hafner sonst immer empfangen werden, aber ich kenne das anders. Die beiden Geschäftsführer sollten mal einen Bürgerentscheid von der Gemeinde fordern, bevor sie 35 Millionen Euro in Wimsheim investieren, um wahre Mehrheitsverhältnisse zu prüfen. Nach so einem Bürgerentscheid sind die Mehrheiten geklärt und dann braucht das Gemeinderatsmitglied mit 30-jähriger Amtszeit nicht mehr behaupten, dass die BI Wimsheim eine Mehrheit vortäusche. Auch die im Februar an den in Wurmberg lebenden Bürgermeister von Wimsheim, Herrn Weisbrich, übergebenen 825 Stimmen seien manipulativ zustande gekommen. Im Mai 2014 ist Gemeinderatswahl und das Ergebnis wird die Meinung der Einwohner zu diesem Thema widerspiegeln. Wenn von diesen elf Ja-Sagern sieben nicht mehr gewählt werden, fühlen sich Frau Hafner und Herr Reisert dann nicht mehr willkommen in Wimsheim? Dann wird es aber zu spät sein, weil sie das Grundstück schon gekauft haben. Sollen doch beide am 10. September wieder nach Wimsheim kommen und mit den Demonstranten reden (der Bürgermeister wie auch der Gemeinderat trauen sich nicht), dann werden sie hören, wie willkommen sie in Wimsheim sind. Die Demos gibt es seit Januar bei jeder Gemeinderatsversammlung. Der Bürgermeister wird von immer mehr Bürgern zum Rücktritt aufgefordert. Doch Herr Reisert findet den Protest nicht angemessen. Dass aber gegen den Willen der Wimsheimer ein Gewerbegebiet in ein Industriegebiet umgewandelt wird, ein Störfallbetrieb kommen soll, das finde ich nicht angemessen. Seit fast 800 Jahren hat Wimsheim kein Industriegebiet und keinen Störfallbetrieb. Ich möchte nur, dass die Mehrheit in Wimsheim entscheidet, wie in einer Demokratie üblich, und nicht ein Wurmberger, der keinen Bezug zur Bevölkerung hat. Ich möchte, dass die Mehrheit über den Vorgang bestimmt und wir wollen bei so einer wichtigen Frage die gesamte Bevölkerung mitnehmen und entscheiden lassen, nicht mehr und nicht weniger.

*Silvo Eder, Wimsheim*

# Kleine Weltkunde der Goldschmiede




**Ziselierhammer:** Durch federnde Schläge des Ziselierhammers auf einen Stahlpunzen wird das edle Werkstück verformt oder verziert.

Piet van den Boom

***Mit seiner Zeichenserie „Kleine Weltkunde der Goldschmiede“ stellt der Pforzheimer Golddesigner Piet van den Boom traditionelle Goldschmiedewerkzeuge vor und verknüpft sie mit Wortspielen.***

STEINBRUCH-STREIT IN ENZBERG

## Das muss verhindert werden

Hält man die Bürger für dumm? Denn die Enzberger Bürger können momentan froh sein, dass nicht etwa 600 Lkws täglich durch den Ort donnern! In dem Artikel „Stein um Stein den Überblick behalten“ wird mitgeteilt, wie toll es ist, den alten Enzberger Steinbruch an der B10 aufzufüllen. Jeden Tag würden rund 300 gefüllte Lastwagen den Steinbruch unter dem Sengach dazu anfahren. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass dann natürlich 300 leere Lkws wieder herausfahren! Das heißt, auf zehn Stunden am Tag verteilt, sind dies dann etwa 600 Lastwagenfahrten, also jede Minute donnert ein Lastwagen die B10 entlang! Stellt man sich als Enzberger Bürger vor, dass es den Steinbruch an der B10 nicht gäbe, würde dies bedeuten: Jede Minute donnert ein Lkw durch Enzberg zum oder vom Steinbruch! Zusätzlich kämen noch die Lkws die vom derzeitigen „aktiven“ Steinbruch im Zwei-Minuten-Takt hin- und zurückfahren dazu. Dies sind zusätzliche 300 Lkws! Insgesamt also täglich etwa 900 Lkw-Fahrten durch den Ort! Und dieser Steinbruch, in dem noch jahrelang abgebaut wird, soll auch noch um 15 Hektar erweitert werden! Gerade dies will die Bürgerinitiative „Steinbrucherweiterung Enzberg? Nein danke!“ verhindern. Weshalb eigentlich, wenn alles so toll läuft und geregelt ist, wie der Geschäftsführer Hans Ulmer der Steinbruch-Betreiberfirma NSN schildert? Hält man eigentlich die Enzberger Bürger für dumm? Fakt ist doch: Wenn es in zehn Jahren soweit sein soll, so der Steinbruchbetreiber, dass der alte Steinbruch an der B10 aufgefüllt ist, wird es mindestens 30 Jahre dauern, den heutigen aktiven Steinbruch Richtung Ötisheim aufzufüllen! Für die Bürger Enzbergs und auch die Nachbargemeinden Kieselbronn und Ötisheim also jahrzehntelange Belästigungen durch Staub Schmutz und Lärm wegen des Lastwagenverkehrs! Bei Erweiterungsgenehmigung kommen dann noch zig Jahrzehnte dazu. Dies muss verhindert werden!

Deshalb gibt es nur ein Ziel: Verhinderung der neuerlichen Steinbrucherweiterung! Genau dies will die Bürgerinitiative erreichen! Mit über 1000 Unterschriften gegen die Steinbrucherweiterung haben die Bürger bereits ihr Votum abgegeben! Offensichtlich müssen es noch mehr werden, bis die Verantwortlichen merken, dass eine neuerliche Steinbrucherweiterung Unsinn ist und abgelehnt werden muss!

*Heinz Mühleisen,*
*Bürgerinitiative „Steinbrucherweiterung Enzberg? Nein danke!“*

LÄRMSCHUTZ IN REMCHINGEN

## Lärmschutz als Lachnummer

Gisela Splett, Lärmschutzbeauftragte der Landes BW, zu Gast bei der Lärmschutzinitiative „Ruhe jetzt“ im Remchinger Löwensaal. Die Stellungnahmen von Frau Splett zu den Bedenken der BI und den ausgeführten Lärmschutzmaßnahmen beinhalteten im Wesentlichen, dass der Lärmschutz, dessen Planung und Ausführung in Remchingen jeglichem rechtlichen Anspruch genüge und die einzelnen Maßnahmen nach ihrer Verhältnismäßigkeit zu beurteilen seien.

Dabei ist ein anderer Sachverhalt im Zusammenhang mit den Lärmschutzmaßnahmen sehr interessant. Von der neuen Pfinztalbrücke sind es nur einige Hundert Meter zur älteren Klosterwegbrücke. Diese wird im Rahmen des Trassenneubaus von fünf auf sechs Spuren ausgebaut und ist nicht in der Lärmschutzplanung enthalten.

Durch die besondere geografische Lage der Klosterwegbrücke strahlt ihr Lärm unvermindert laut von Osten auf das hochgelegene östliche Wohngebiet. Für den Fall, dass nun also die Lärmschutzmaßnahmen der neugebauten Autobahnabschnitte rund um die neue Pfinztalbrücke in Nöttingen genau die berechneten Werte der Planung einhalten, ist trotzdem zu erwarten, dass es in halb Nöttingen trotzdem zu starken Grenzwertüberschreitungen durch die Klosterwegbrücke kommen wird.

Aus diesem Grund sollte schnellstens eine weitere schalltechnische Untersuchung durchgeführt werden, die um die Klosterwegbrücke in Nöttingen und die weggelassenen Lärmschutzmaßnahmen erweitert ist.

Dabei ergeben sich höchstwahrscheinlich weitere Lärmschutzmaßnahmen, die zwar rechtlich vielleicht nicht nötig wären – doch dafür endet der restliche Lärmschutz an der Nöttinger Autobahn nicht als große Lachnummer. Diese würde auf lange Sicht die Bürger und Politiker deutlich teurer zu stehen kommen als weitere 400 Meter Lärmschutzmaßnahmen.

*Fabian Farr, Remchingen*

A 8-AUSBAU IM ENZTAL

## Auf übelste Weise abgefertigt

Ein Blick zurück zu den ersten Planungen für den Ausbau Enztalsenke: Das Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe hatte hierfür den Auftrag erhalten und legte – nach der unglaublich kurzen Zeit von drei Jahren – einen entsprechenden Entwurf vor, der jedoch von den Anlieger-Gemeinden völlig verworfen wurde. Die daraufhin erstellte Variante entsprach auch nicht den Erwartungen, da die zwecks Lärmschutz vorgesehene Einhausung der Fahrbahnen zu kurz geraten waren. Allein dieser Teilaspekt führte zu jahrelangen Verzögerungen des Projekts. Die damalige Leitung des RP war anscheinend weder willens noch fähig, sich in ausreichendem Maß mit den Belangen der Anrainer auseinander zu setzen. Allerdings wäre meines Erachtens eine härtere Gangart bereits nach der ersten katastrophalen RP-Planung angebracht gewesen.

Ganz bescheiden mag man an die Gesamtplanung der Strecke Karlsruhe – Leonberg erinnern. Wie hieß es seinerzeit? Schaffung einer Trasse, die nach den topografischen Verhältnissen so weit wie möglich geglättet sein sollte, um den Verkehr gleichmäßiger, sicherer und damit insgesamt effizienter ablaufen lassen zu können. Die im Bau befindlichen beiden Brücken zwischen Karlsruhe und Pforzheim-West sowie die ab Pforzheim-Ost entstandenen Abschnitte Richtung Leonberg entsprechen exakt diesen Vorgaben. Wenn nun für kleinere Talquerungen bereits Brückenlösungen ins Gespräch kommen, ist es nicht verwunderlich, dass solch eine Möglichkeit auch im Bereich Enztalsenke diskutiert wurde, leider jedoch erst nach der verkorksten RP-Planung. Immerhin böte auch diese Variante genau jene Vorteile einer geglätteten Fahrbahn, wie sie in Richtung Leonberg bereits besteht. Was also steht dagegen? Wie immer: Das liebe Geld und – noch bedenklicher – die Überheblichkeit des RP. Kein Wunder, dass der Staatssekretär Andreas Scheuer aus dem fernen Berlin dem diskussionsresistenten RP die Stange hält. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass lediglich die Kosten eine Rolle spielen sollen. Bei jeder Investition ist es üblich, einen Kosten-Nutzen-Vergleich durchzuführen. Da die Nutzer – sprich die Bürger – anscheinend unerheblich sind, muss es nicht verwundern, wenn man auf die übelste Weise abgefertigt wird.

*Ekkehard Stoltze, Pforzheim*

GRÜN-ROTE SCHULPOLITIK

## Keine Bildung kommt richtig teuer

Der Kommentar von PZ-Redakteur Magnus Schlecht spricht mir aus der Seele. Die geplante Änderung der Verwaltungsvorschrift „Arbeitszeit von Lehrern an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ enthält Kürzungen, die an die Substanz der Schulen gehen. Folgende Arbeiten sollen nicht mehr im bisherigen Umfang auf die Lehrerarbeitszeit angerechnet werden und gefährden damit die pädagogische Weiterentwicklung aller Schularten: Fachbetreuung, Selbstevaluation und Schulentwicklungsplanung, Entwicklung von schulischen Lehrplänen, Fortbildungsplanung, Berufs- und Studienorientierung, Gewalt- und Suchtprävention, Differenzierungs- und individuelle Fördermaßnahmen, Schulwegeplanung, vielfältige Kooperationen und Koordinationen (zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung). Dies alles mit der Begründung, dass dies erfolgreich eingeführt wurde und nun nicht mehr benötigt werde. Die Begründung dieser Maßnahmen: Wir müssen sparen. Dazu ein Zitat von J. F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

*Carola Gienger,*
*Knittlingen-Kleinvillars*